

Am 22. Februar 2002 wurde die Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eingesetzt. Zu den Mitgliedern gehörten (mit ihrer damaligen Funktion):

1. Peter Hartz (SPD und IG Metall), Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG, Vorsitzender der Kommission
2. Norbert Bense, Mitglied des Vorstandes der DaimlerChrysler Services AG
3. Jobst Fiedler, Roland Berger Strategy Consultants
4. Heinz Fischer, Abteilungsleiter Personal Deutsche Bank AG
5. Peter Gasse (SPD), Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen
6. Werner Jann, Universität Potsdam
7. Peter Kraljic, Direktor der McKinsey & Company Düsseldorf
8. Isolde Kunkel-Weber, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes
9. Klaus Luft, Geschäftsführer der Market Access for Technology Services GmbH
10. Harald Schartau (SPD), Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
11. Wilhelm Schickler, Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen
12. Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
13. Günther Schmid, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
14. Wolfgang Tiefensee (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
15. Eggert Voscherau, Mitglied des Vorstandes der BASF AG

Gut durchlesen und die endgültige Fassung der Hartz Gesetze nicht immer dem Peter Hartz anhängen, er war nur der Vorsitzende der 15köpfigen Kommission.

Die Bertelsmann Stiftung hat die Urfassung hier noch einmal zusammengestellt. Wenn man sich bemüht und alles noch einmal in Ruhe liest, dann wird man erhebliche Unterschiede zur 2002 eingeführten Fassung erkennen.

Was dann zum Gesetz wurde ist Sch .... Auf dem Mist von Schröder, Steinmeier und Scholz gewachsen. Die sind immer noch im Amt und erheblich mit Einkommen jenseits von Gut und Böse ausgestattet. Einer ist mehrfacher Millionär zu Lasten seiner ehemaligen Wähler.

Ausschnitte aus einem Welt-Interview mit Peter Hartz zu seinem 75. Geburtstag:

**Die Welt:** Auch heute noch sehen in Deutschland viele die Reform sehr kritisch und als Symbol für soziale Kälte, gerade in der SPD und im Gewerkschaftslager. Sie sind SPD- und IG-Metall-Mitglied. Verletzt Sie das?

**Hartz:** Sie nehmen diese Dinge zur Kenntnis. Das große Verdienst der Gewerkschaften war ja, dass sie damals die Notwendigkeit der Reform mitgetragen haben. Die große und die schweigende Mehrheit hat das doch so gesehen, und die Ergebnisse bestätigen ja auch, dass es nötig war, diese Reformen durchzuführen. Allerdings ist sie nicht so umgesetzt worden, wie die Kommission das beschlossen hatte.

**Die Welt:** Was ist falsch gelaufen?

**Hartz:** Wir hatten eine höhere Grundsicherung vorgeschlagen, auf dem Niveau der durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe, die damals 511 Euro betrug. Beschlossen wurden dann 359 Euro. (heute sind es 409 Euro)

**Die Welt:** Gerhard Schröder hatte Ihnen versprochen, das Konzept eins zu eins umzusetzen.

**Hartz:** Daran hat er sich ja auch gehalten. Im Beratungsprozess waren dann aber Heerscharen von **Lobbyisten** zugange. In einer parlamentarischen Demokratie muss man davon ausgehen, dass die Vorschläge so, wie sie in den Beratungsprozess hineingehen, nicht herauskommen. Dass die Meinung der Fachleute dann politischen Machtkämpfen untergeordnet werden, musste ich damals lernen.

**Die Welt:** Gab es noch andere Dinge, die Sie anders umgesetzt hätten?

**Hartz:** Wir hätten Jobcenter und Arbeitsagenturen bei der Bundesagentur für Arbeit in einer Hand gelassen. Dass ein Teil der Jobcenter von den Kommunen betrieben wird, ist ineffizient. Aber auch diese Entscheidung ist auch einem politischen Kompromiss geschuldet.

**Die Welt:** Die Hartz-Reformen haben auch die Entstehung des Niedriglohnssektors beschleunigt. Hatten Sie das so vorgesehen?

**Hartz:** Es war notwendig. Neue Arbeitsplätze bringt ja nicht der Weihnachtsmann. Sie müssen dem Markt gerecht werden, denn die Unternehmen schaffen Jobs, wenn es sich für sie rechnet. Wenn es möglich wäre, über Investitionen lauter Vollzeitjobs zu schaffen, wäre die Sache relativ einfach. So funktioniert Wirtschaft aber nicht. Jeder Mensch sollte aber ein menschenwürdiges Einkommen haben. Ein Mindestlohn, so wie er jetzt eingeführt wird, ist ein möglicher Weg, das zu sichern. Wir hatten ja auch 2002 einen geplant.

**Die Welt:** Sie sagen, Hartz IV war unterm Strich ein Erfolg. Woran machen Sie das fest?

**Hartz:** Wir haben ja die Arbeitslosenzahl reduziert. Und durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Sackgasse beendet, dass jemand abgestellt wird und gar nicht mehr für den Arbeitsmarkt in Frage kommt, wie das für Sozialhilfeempfänger vor der Reform der Fall war. Jeder bekommt heute die Möglichkeit, seine Chancen zu prüfen, wieder eine Stelle zu finden.

**Die Welt:** Dennoch kommen viele Hartz-IV-Empfänger nicht dauerhaft in Arbeit. Es gibt noch immer zwei Millionen Arbeitslose in der Grundsicherung. Wird neben dem Fordern auch genug gefördert?

**Hartz:** Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist entschieden zu hoch. Hier sollte die Bundesregierung neue Wege beschreiten. Sie sollte die Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung der letzten zehn Jahre anwenden.

**Die Welt:** Was meinen Sie damit?

**Hartz:** Man muss Langzeitarbeitslose dort abholen, wo sie sich hin entwickelt haben. Die Hirnforschung hat Erkenntnisse darüber gebracht, wie sich ein Mensch verändert, wenn er in dieser Lage ist, wie er sich in ihr einrichtet.

**Die Welt:** Wie macht man das?

**Hartz:** Man muss Langzeitarbeitslose in einer Gruppe betreuen und sie dazu bringen, sich selbst wieder zu einem Projekt zu machen. Sie müssen zu der Überzeugung kommen: „Ich will es, ich kann es“. Die Leute müssen den Kopf frei bekommen zur Aufnahme von neuen Dingen.

**Die Welt:** Das klingt ein bisschen nach Gehirnwäsche.

**Hartz:** Viele Leute denken, Arbeitslose seien entweder faul oder fleißig. Doch diese Begriffe treffen nicht zu, sie sind zu holzschnittartig. Die Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit muss entwickelt werden.

**Die Welt:** Und das macht man dann in einer psychologischen Gruppentherapie?

**Hartz:** Ja, bis der Einzelne bereit ist, wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen, wird er dort betreut. Dann kommen unsere Talentdiagnostik und unser Beschäftigungsradar ins Spiel.

**Die Welt:** Das sind arbeitsmarktpolitische Instrumente, die Sie in Ihrer Stiftung entwickelt haben. Können Sie das erklären?

**Hartz:** Wir finden heraus, welche besonderen Talente jemand hat. Und dann suchen wir einen Job, den er als Kleinunternehmer, als „Minipreneur“ ausüben kann. Mit Hilfe von Big Data. Damit kann man nämlich nicht nur überwachen, sondern auch die Bedürfnisse für Dienstleistungen bis in die Nachbarschaft hinein messen.

**Die Welt:** Auf Ihrer Webseite beschreiben Sie da etwa den „Baumhaus-Bauer“ oder einen „Blog- und Twitter Ghostwriter“. Bisher hat die BA Ihr Konzept noch nicht übernommen.

**Hartz:** Wir warten darauf, dass sich das Interesse entwickelt.

**Die Welt:** Was ist heute die größte Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt?

**Hartz:** Was ganz schnell gelöst werden muss, ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Diese 5,4 Millionen jungen Leute, die keine Perspektive haben, müssen mit absoluter Priorität behandelt werden. Die Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen eine Ausbildung, einen Job oder ein Praktikum zusichert, ist eine sehr gute Sache, aber die Umsetzung ist mehr als mager, und das ist unakzeptabel. Die Jugendarbeitslosigkeit ist lösbar. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

**Die Welt:** Damit meinen Sie Ihr Konzept namens „Europatriates“, das sich an die Minipreneure anlehnt.

**Hartz:** Ja, das kann man auch auf EU-Ebene anwenden. Die jungen Leute sollen einen individuellen Entwicklungsplan bekommen und zeitweise in ein Land gehen, wo es Beschäftigung für sie gibt.

**Die Welt:** Sie sagen, das würde 215 Milliarden Euro kosten. Wer soll das bezahlen? Die Jugendgarantie beinhaltet nur sechs Milliarden Euro.

**Hartz:** Der private Finanzsektor soll sich engagieren. Wir schlagen die Schaffung eines Ausbildungszeitwertpapiers vor. Nur so kann man das erfolgreich angehen. Die wichtigste Aufgabe in Europa neben Frieden und Freiheit ist, den Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

**Die Welt:** Hat ein Land Ihre Ideen schon aufgegriffen?

**Hartz:** Wir haben im Sommer eine große Konferenz dazu organisiert mit Teilnehmern aus 24 Ländern. Das Interesse entwickelt sich jetzt und wir hoffen sehr, dass Brüssel und die einzelnen Mitgliedstaaten die Vorschläge bald aufgreifen.

**Die Welt:** Es ist erstaunlich, wie hartnäckig Sie sind. Sie erfinden immer wieder neue Konzepte, mit denen Sie Menschen in Arbeit bringen wollen. Warum liegt Ihnen das Thema Arbeit so am Herzen?

**Hartz:** Ich komme aus einem Arbeiterhaushalt, mein Vater war Drahtzieher. Und im Saarland sind in den Achtzigerjahren aufgrund des Strukturwandels sehr viele Arbeitsplätze abgebaut worden, ich war als Arbeitsdirektor in Hüttenunternehmen mittendrin. Beides hat meine gesellschaftspolitische Einstellung geformt. Diejenigen, die wissen, wie ein Problem zu lösen ist, müssen sich auch engagieren. Die Würde des Menschen ist sehr stark berührt davon, ob jemand Arbeit hat oder nicht. Die Gesellschaft darf diese Gruppe nicht links liegen lassen.

... und was tat und tut die GROKO seit 8 Jahren? Sie hat dafür gesorgt, dass die Reichen immer reicher wurden und die Armen immer ärmer.

Vorschläge der Kommission

Das Hartz-Konzept zur Reform des Arbeitsmarktes umfasst 13 „Innovationsmodule“. Im Zentrum der Arbeitsförderung soll demnach die eigene Integrationsleistung des Arbeitslosen stehen. Vorgeschlagen wurden von der Kommission folgende Elemente:

1. Doppelter Kundenauftrag: Arbeitssuchende und Arbeitgeber – Verbesserter Service für Kunden – Jobcenter

Die Arbeitsämter bekommen den das englische Vorbild imitierenden Namen JobCenter. Neben den bisherigen Dienstleistungen der BA übernehmen die JobCenter auch die arbeitsmarktrelevante Beratung und Betreuung des Sozialamtes, des Jugendamtes, des Wohnungsamtes, der Sucht- und Schuldnerberatung und sind Schnittstelle zur Personal-Service-Agentur (PSA). Die Arbeitsvermittler, nun Fallmanager genannt, werden von Verwaltungs- und Nebenaufgaben befreit und konzentrieren sich darauf, Kontakte zu Betrieben zu pflegen und Stellen zu akquirieren.

2. Familienfreundliche Schnell-Vermittlung und Erhöhung der Vermittlungsgeschwindigkeit

Arbeitnehmer sind verpflichtet, das JobCenter nach einer Kündigung unverzüglich über drohende Arbeitslosigkeit zu informieren, damit Vermittlungsbemühungen frühzeitig einsetzen können. Bei verspäteten Meldungen gibt es Abzüge vom Arbeitslosengeld. Verschiedene Maßnahmen sollen die Vermittlung beschleunigen und familienfreundlich gestalten. Arbeitslose, die Verantwortung für Familien tragen, werden bei der Vermittlung bevorzugt behandelt. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden zusätzliche Kapazitäten zur Kinderbetreuung aufgebaut.

3. Neue Zumutbarkeit und Freiwilligkeit

Die Zumutbarkeit wird nach geographischen, materiellen, funktionalen und sozialen Kriterien, bei denen auch die familiäre Situation eine Rolle spielt, neu formuliert. So wird einem jungen, alleinstehenden Arbeitslosen bei der Mobilität mehr zugemutet als einem Arbeitslosen mit Verantwortung für Familienangehörige. Lehnt ein Arbeitsloser eine Beschäftigung ab, muss er nachweisen, dass die abgelehnte Beschäftigung unzumutbar

war. Sperrzeiten für die Zahlung von Arbeitslosengeld werden künftig differenzierter nach verschiedenen Tatbeständen eingesetzt.

#### 4. Jugendliche Arbeitslose – AusbildungsZeit-Wertpapier

Die JobCenter übernehmen die Verantwortung für eine aktive beiderseitige Suche nach einer Praktikums- oder Ausbildungsstelle. Es sollen weitere neue Ausbildungsberufe entwickelt werden. Qualifizierungsbausteine aus bestehenden Ausbildungsberufen sollen verstärkt jugendlichen Arbeitslosen angeboten werden. Mit dem AusbildungsZeit-Wertpapier (AZWP) sollen zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert werden. Die Umsetzung des AZWP erfolgt über eine gemeinnützige Stiftung.

#### 5. Förderung älterer Arbeitnehmer und „BridgeSystem“

Zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit Älterer werden zwei Wege vorgeschlagen: Zur stärkeren Integration älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt ersetzt die Lohnversicherung, die die bisherige Arbeitslosenversicherung ergänzt, einen Teil des Einkommensverlustes, der bei der Übernahme einer niedriger bezahlten sozialversicherungspflichtigen Arbeit entsteht. Zudem wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung für Ältere gesenkt, wenn sie eine neue Beschäftigung aufnehmen. Die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung Älterer werden erweitert. Andererseits können durch das „BridgeSystem“ ältere Arbeitslose auf eigenen Wunsch ab 55 Jahren aus dem Bezug des Arbeitslosengeldes und der Betreuung durch das JobCenter ausscheiden. Sie erhalten statt des Arbeitslosengeldes eine kostenneutral errechnete monatliche Leistung und den vollen Schutz der Sozialversicherung.

#### 6. Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand und fehlender Transparenz sowie zur Verbesserung der Abstimmung und Verantwortlichkeit wird in Zukunft jeder, der Leistungen bezieht, nur noch von einer Stelle betreut. Es wird drei Arten von Leistungen geben:

Das Arbeitslosengeld I ist die beitragsfinanzierte Versicherungsleistung, die in Dauer und Höhe den bisherigen Regeln entspricht.

Das Arbeitslosengeld II ist eine steuerfinanzierte Leistung, abhängig von der Bedürftigkeit, zur Sicherung des Lebensunterhalts arbeitsloser Erwerbsfähiger nach dem Bezug von Arbeitslosengeld oder wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht erfüllt ist.

Die Sozialhilfe entspricht der bisherigen Sozialhilfe für nicht Erwerbsfähige.

#### 7. Beschäftigungsbilanz – Bonussystem für Unternehmen

Alle Unternehmen sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gerecht zu werden. Die JobCenter und die KompetenzCenter unterstützen die Unternehmen dabei und bieten deshalb Beschäftigungsberatung zu den Bereichen Arbeitsrecht, Gestaltung betrieblicher Arbeitsbedingungen etc. an. Unternehmen mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung erhalten einen Bonus in der Arbeitslosenversicherung.

#### 8. Aufbau von Personal-Service-Agenturen (PSA) – Betriebsnahe Weiterbildung – Integration schwer Vermittelbarer

Die Personal-Service-Agentur (PSA) ist ein Instrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Ziel ist, Einstellungsbarrieren zu überwinden und Arbeitslose mit einer neuen Form vermittlungsorientierter Arbeitnehmerüberlassung schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die PSA sind eigenständige Organisationseinheiten und arbeiten für das Arbeitsamt und in dessen Auftrag. Die Verpflichtung des Arbeitslosen zur Aufnahme einer Beschäftigung in der PSA ergibt sich aus den Regelungen der Zumutbarkeit. Ablehnung ist mit Leistungskürzungen verbunden. Während der Probezeit wird ein Nettolohn in Höhe des Arbeitslosengeldes gezahlt, anschließend der tariflich vereinbarte PSA-Lohn. Wechselt ein Arbeitnehmer in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, erhält er den dort üblichen Lohn. Die gesetzlichen Beschränkungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sollen aufgehoben werden.

9. Neue Beschäftigung und Abbau von Schwarzarbeit durch „Ich-AG“ und „Familien-AG“ mit vollwertiger Versicherung – Minijobs mit Pauschalabgabe und Abzugsfähigkeit von privaten Dienstleistungen

Mit den beiden neuen Instrumenten Ich-AG und Mini-Job werden neue Wege zur Bewältigung des Problems Schwarzarbeit aufgezeigt. Die Ich-AG zielt auf weniger Schwarzarbeit Arbeitsloser, die Mini-Jobs auf weniger Schwarzarbeit bei Dienstleistungen in Privathaushalten. Die Verdienstgrenze bei Minijobs für Dienstleistungen in privaten Haushalten soll auf 400 Euro monatlich angehoben werden, der Einzug des Sozialversicherungsbeitrags (Sozialversicherungspauschale von 12 Prozent) wird vereinfacht.

10. Personal – Transparentes Controlling – Effiziente IT-Unterstützung aller Prozesse – Aufbauorganisation – Selbstverwaltung – Arbeitsmarktforschung – Change Management

Die BA wird nach einem neuen Leitbild arbeiten, das in einem neuen Handlungsleitfaden für jeden Mitarbeiter und einem neuen Personalkonzept seinen Ausdruck findet. Innerhalb der BA werden die Beschäftigungsverhältnisse neu gestaltet. Es wird viele Veränderungen geben: Dazu gehören ein neues einheitliches Dienstrecht, die Steuerung der Arbeitsämter über vereinbarte oder vorgegebene Ergebnisse, die Weiterentwicklung des Controllings, die durchgängige Unterstützung aller Geschäftsprozesse durch IT und öffentlicher Zugang zu Informationen und Dienstleistungen über Internet und Selbstinformationseinrichtungen. Die Aufbauorganisation wird künftig zweistufig sein: Zentrale und Arbeitsämter, die über JobCenter den lokalen Kundenbedarf bedienen. In jedem Bundesland wird außerdem ein KompetenzCenter eingerichtet.

11. Umbau der Landesarbeitsämter zu KompetenzCentern für neue Arbeitsplätze und Beschäftigungsentwicklung – Start mit den neuen Bundesländern

Die Landesarbeitsämter werden zu KompetenzCentern umgebaut, deren beschäftigungspolitische Aufgaben steuerfinanziert sind. Die KompetenzCenter vernetzen und koordinieren die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auch über Verwaltungsgrenzen hinweg. Sie bieten Ländern, Kommunen, Unternehmen und Kammern komplementäre Lösungen und Ressourcen an. Sie fungieren auch als Hauptansprechpartner für große Unternehmen, unterstützen die JobCenter bei der Beratung von Klein- und mittelständischen Unternehmen, sind Verbindungsstelle zu den Landesregierungen, koordinieren überregionale Qualifizierungsprogramme und betreiben Trend- und regionale Arbeitsmarktforschung.

## 12. Finanzierung der Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit

Mit dem Konzept des JobFloaters wird die Finanzierung von Arbeitslosigkeit durch die Finanzierung von Arbeit ersetzt. Stellt ein Unternehmen einen Arbeitslosen nach der Probezeit ein und schafft es einen neuen Arbeitsplatz, erhält es die Option auf ein Finanzierungspaket in Form eines Darlehens. Dieses Angebot gilt für kleine und mittlere Unternehmen in den alten und neuen Ländern. Mit einem JobFloater in Höhe von 100.000 Euro (50.000 Euro Förderkredit, 50.000 Euro Nachrangdarlehen) und einer Vergabe für 100.000 Arbeitnehmer pro Jahr ergäbe sich ein Finanzierungsbedarf von 10 Milliarden Euro pro Jahr. Wenn in den nächsten drei Jahren die Arbeitslosenzahl um 2 Millionen gesenkt wird, ergäbe sich nach heutigen Maßstäben groben Schätzungen zufolge ein Einspareffekt in Höhe von 19,6 Milliarden Euro bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe – Mittel, die für die Förderung von Ich- oder Familien-AGs und in den PSA verwendet werden können.

## 13. Masterplan – Beitrag der „Profis der Nation“

Gegen Arbeitslosigkeit sollen nicht nur Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer angehen – oder gar die Arbeitslosen alleine; sondern entstehen soll ein flächendeckendes Netz konkreter Projekte zur Lösung der mit Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme, ein Netz, an dem sich möglichst viele Leute mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen beteiligen sollten. Die Hartz-Kommission versuchte dies unter der Bezeichnung „Profis der Nation“ zusammenzufassen; gemeint sind praktisch alle, die irgendetwas tun: Politiker, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit, Unternehmer sowie Manager, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, Vertreter der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Lehrkräfte, Geistliche, Journalisten, Künstler, Verantwortliche in sozialen Einrichtungen, Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen.

Was davon ist umgesetzt worden? Was davon ist den Lobbyisten zum Opfer gefallen? Was davon hatte Erfolg?

Das Wichtigste und genialste an der ganzen „Reform“ wäre der Punkt 8 gewesen, aber ... schon knapp nach Inkrafttreten der sogenannten „Reform“ waren die PSAs vom Tisch.

*Die Personal-Service-Agentur (PSA) ist ein Instrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Ziel ist, Einstellungsbarrieren zu überwinden und Arbeitslose mit einer neuen Form vermittlungsorientierter Arbeitnehmerüberlassung schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die **PSA** sind eigenständige Organisationseinheiten und **arbeiten für das Arbeitsamt und in dessen Auftrag**. Die Verpflichtung des Arbeitslosen zur Aufnahme einer Beschäftigung in der PSA ergibt sich aus den Regelungen der Zumutbarkeit. Ablehnung ist mit Leistungskürzungen verbunden. **Während der Probezeit wird ein Nettolohn in Höhe des Arbeitslosengeldes gezahlt, anschließend der tariflich vereinbarte PSA-Lohn.** Wechselt ein Arbeitnehmer in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, erhält er den dort üblichen Lohn. Die gesetzlichen Beschränkungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sollen aufgehoben werden.*

Im Klartext, das was heute zum Beispiel „AutoVision“ macht oder andere Zeitarbeitsvermittler, wäre dann zum Nutzen der Arbeitssuchenden und nicht zum Nutzen der Zeitarbeitsfirmeninhaber gewesen. Aber Schröder und sein GRÜNER Anhang wussten schon immer alles besser.